SONDERAUSGABE DER FDP THÜRINGEN ZUM STEUERZAHLERTAG

Steuerzahlertag 2007

Donnerstag, der 12. / Freitag, der 13.

Und schon wieder … - auch in diesem Jahr hat sich der Steuerzahlertag nach hinten verschoben. Bis zum Ende dieser Woche müssen die Deutschen rechnerisch noch arbeiten, um Steuern und Abgaben bezahlen zu können. Am 12. Juli ist es geschafft! Nach dem „Steuerzahlertag“ verdienen die Deutschen endlich ihr eigenes Geld. Der Bund der Steuerzahler geht in seinen jüngsten Berechnungen sogar davon aus, dass erst in den Vormittagstunden des 13. Juli das Geld in die eigene Tasche fließt. Damit läge der Steuerzahlertag bezeichnenderweise auf Freitag, dem 13. Im Vorjahr war der Tag auf den 5. Juli gefallen, weil rund 51 Cent pro Euro abgeführt worden seien.

Berechnet wird der Steuerzahlertag auf Grundlage der volkswirtschaftlichen Einkommensbelastungsquote. Mit dieser Quote wird gezeigt, wie viel der Staat vom Einkommen der Bürger und Betriebe über Steuern und Sozialabgaben zunächst einbehält. Für das Jahr 2007 – so die jüngsten Berechnungen – sind es 53,01 Prozent. Das bedeutet, dass von jedem erwirtschafteten Euro durchschnittlich nach Steuern nur noch 47 Cent übrig bleiben. Demzufolge lässt sich der 13. Juli, 11.40 Uhr, als exakter Zeitpunkt berechnen, bis zu dem die Steuer- und Abgabenzahler für den Staat arbeiten müssen.

Mit der größten Steuererhöhung aller Zeiten hat die Große Koalition die Steuerbelastung weiter nach oben getrieben. Dazu gehören v.a. die Erhöhung der Mehrwert- und Versicherungsteuer, die Kürzung der Pendlerpauschale sowie des Sparer-Freibetrags.

Besonders Mehrwertsteuererhöhung schlägt zu Buche

Verantwortlich für die drastische Belastung der Einkommen in diesem Jahr ist nach Ansicht des Steuerzahlerbundes v.a. die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Beginn 2007. Diese war bereits im Bundestagswahlkampf 2005 eines der dominierenden Themen. Während die Union von einer Anhebung um zwei Prozentpunkte sprach, lehnte die SPD dies vehement ab. Am Ende standen drei Prozentpunkte. *Thüringen Liberal* erinnert an die Wahlversprechen:

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering hat für seine Partei eine Erhöhung der Mehrwertsteuer in der gesamten kommenden Wahlperiode ausgeschlossen. Wer so etwas vorhat, handele gegen jede konjunkturelle Vernunft. (SPD-Pressemitteilung, 19.08.2005)

Stimmen aus Thüringen

„Christoph Matschie, Vorsitzender der SPD Thüringen, spricht sich klar gegen den CDU-Plan zur Erhöhung der Mehrwertsteuer aus. Matschie dazu: ‚Das CDU-Vorhaben verteuert jeden Einkauf, jede Autoreparatur, jede Handwerkerrechnung. ... Der Thüringer Durchschnittsverdiener mit Familie zahlt am Ende drauf.'" **(Pressemitteilung SPD Thüringen vom 05.08.2005)**

_____

„Die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf mindestens 18% führt nicht nur zu einer deutlichen Mehrbelastung aller Bürger, sie wäre gerade in Ostdeutschland aufgrund der schwächeren Einkommensentwicklung ein Konjunkturkiller." **(Jens Hartung, Landesgeschäftsführer SPD Thüringen, Pressemitteilung SPD Thüringen vom 21.07.2005)**

_____

„Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation Deutschlands Gift." **(Dieter Althaus, MDR-Aktuell, 26. Juni 2005)**

_____

„Wenn man jetzt versucht, an einem einzigen Steuerrad zu drehen, dann wird sich dadurch das Problem eher erhöhen, denn z.B. die Erhöhung der Mehrwertsteuer würde ja erheblich dem Konsum ein Problem organisieren." ....."Ich bleibe bei meiner Meinung: Die Konsumenten in Deutschland sind ohnehin verunsichert genug. Die Kaufzurückhaltung steht auf der Tagesordnung und ich sage, unser Problem ist natürlich ein Einnahmeproblem, aber das kann man nicht nur dadurch lösen, in dem man bei der Einnahmeentwicklung staatlich einen neuen Weg organisiert, sondern wir müssen etwas für die Wachstumsschwäche Deutschlands tun." **(Dieter Althaus, Deutschlandradio Kultur, 10. Mai 2005)**

_____

„Einseitig die Mehrwertsteuer zu erhöhen wäre genau das Gegenteil von gut, nämlich miserabel." **(Dieter Althaus, Deutschlandfunk, 26. Mai 2005)**

_____

Althaus macht Front gegen die Debatte über eine Mehrwertsteuererhöhung: „Deshalb macht es jetzt überhaupt keinen Sinn, einzelne Bereiche herauszugreifen oder sogar über eine Erhöhung zu diskutieren." **(Dieter Althaus, Interview Südthüringer Zeitung, 4. Juni 2005)**

_____

„Scharf kritisiert hat der Vorsitzende der SPD Thüringen, Christoph Matschie, das Wahlprogramm der Bundes-CDU und die angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer. Menschen mit geringem Einkommen – Familien und Rentner – treffe eine Erhöhung der Mehrwertsteuer besonders hart." **(SPD Thüringen, Pressemitteilung vom 11.07.2005)**

Stimmen aus der Presse

Süddeutsche Zeitung: „Rauf mit der Mehrwertsteuer, zu Lasten der Konjunktur, und dann die neu eingeworbenen Steuermilliarden gedanklich gleich mehrfach ausgeben, zur Senkung der Arbeitskosten, zum Stopfen von Haushaltslöchern, zur Förderung von Investitionen. Das ist Harakiri à la CDU/ CSU.“ (24. Juni 2005)

_____

Kölnische Rundschau: „In der Phantasie von Unionspolitikern ist jeder durch die Mehrwertsteuer einzunehmende Euro schon viermal ausgegeben: Die „Gesundheitsprämie“ soll nun wirklich keinem mehr weh tun, die Arbeitslosenbeiträge sollen sinken, eine Steuerreform will bezahlt sein, und die Länderfinanzminister hoffen auch,
(3. Juli 2005)

_____

Hamburger Abendblatt: „Eine […] erhöhte Mehrwertsteuer wird mit großer Wahrscheinlichkeit zunächst die Binnenkonjunktur dämpfen. Denn die Preise steigen, und die Menschen werden noch zurückhaltender bei Neuanschaffungen sein, als sie es ohnehin schon sind. Deshalb haben nicht nur Wirtschaftswissenschaftler Zweifel, ob dies das richtige Signal für den Aufbruch aus dem Konjunkturtal ist.“
(25. Juni 2005)

_____

Deutsche Handwerkszeitung: „Man sagt zwar, daß die Hoffnung zuletzt sterbe. Kommt die Mehrwertsteuererhöhung aber ohne gleichzeitige wirksame und entlastende Strukturreform an den genannten Stellen, dann stirbt die Hoffnung auf einen Aufschwung nach der Wahl zuerst.“
(8. Juni 2005)

Stimmen aus Wissenschaft und Wirtschaft

Prof. Dr. Wolfgang Wiegard, Mitglied des Sachverständigenrats: „Eine Mehrwertsteuererhöhung zur Haushaltskonsolidierung ist ökonomisch nicht der richtige Ansatz.“ (18. Januar 2006)

_____

Hanns-Eberhard Schleyer, Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks: „Das hartnäckige Festhalten an diesem Plan macht ihn nicht besser. Wir haben von Anfang an schwerwiegende Bedenken gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vorgebracht. Sie führt zu mehr Schwarzarbeit und zu weniger Kaufkraft. Das wird der Mittelstand bitter spüren." (20. Februar 2006)

_____

Prof. Hans-Werner Sinn, Chef des Ifo-Institus: „Der Staat soll lieber bei sich selber sparen, statt den Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen.“ (4. November 2005)

_____

Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks: „Die Absenkung der Lohnzusatzkosten muß durch Einsparungen und Reformen geschehen. Geldspritzen aus der rechten in die linke Tasche ersetzen keine Reformen. Zumal von der Mehrwertsteuererhöhung noch nicht einmal ein Drittel dafür eingesetzt wird."
(2. März 2006)

Ablehnung, Gegenwehr, Diffamierung, Aggressivität - der Wahlkampf der SPD gegen die Mehrwertsteuererhöhung ließ nichts an Härte vermissen. Sie kämpfte gegen die von der Union vorgeschlagenen zwei Prozentpunkte Mehrwertsteuererhöhung, die komplett in die Senkung der Lohnzusatzkosten investiert werden sollten. Kurz nach der Wahl brachen beide Parteien ihre Wahlversprechen, planten die Mehrwertsteuererhöhung mit drei Prozentpunkten, die zum großen Teil der Sanierung der maroden öffentlichen Haushalte dienen soll. Am 19. Mai 2006 brachte der Erfurter SPD-Abgeordnete Carsten Schneider die Mehrwertsteuererhöhung für die Große Koalition in den Bundestag ein, CDU/CSU und SPD winkten die Erhöhung durch. Am kommenden Freitag wird der Bundesrat das Gesetz behandeln.

Die FDP hält die Erhöhung der Mehrwertsteuer für einen Fehler. Die Binnenkonjunktur wird abgewürgt, die Verteuerung der Dienstleistungen treibt die Schwarzarbeit in die Höhe. Das kostet Arbeitsplätze. Zudem leiden vor allem Geringverdiener, die einen großen Teil ihres Einkommens in den privaten Konsum investieren müssen..

Impressum

Hrsg.: Pressestelle FDP Thüringen

Redaktion: Patrick Kurth

Gestaltung/Grafik: Patrick Kurth

Fragen/Hinweise/Mitarbeit gern postalisch oder per Mail.

Anschrift der Redaktion:
FDP Thüringen
Tschaikowskistraße 35
99096 Erfurt

presseste lle-thueringen@fdp.de

Steckbrief

FDP Thüringen

- Freie Demokratische Partei, Landesverband Thüringen
- Vorsitzender: Uwe Barth; Generalsekretär: Patrick Kurth
- Mitglieder: 2.000, 23 Kreisverbände
- Über 300 Stadt– und Gemeinderäte sowie Kreistagsabgeordnete
- Die FDP ist die liberale Partei in Thüringen. Sie setzt sich für die Freiheits– und Bürgerrechte ein und macht sich für die mittelständische Wirtschaft, den Hauptarbeitgeber Nr. 1, stark. Die FDP steht für weniger Staat und weniger Bürokratie ein. Sie will ein einfaches und überschaubares Steuersystem mit weniger Belastungen für den Bürger.
- **Kontakt:**
  FDP Thüringen, Tschaikowskistraße 35, 99096 Erfurt
  www.fdp-thueringen.de thüringen@fdp.de